



Dr. Holger Dix leitet das Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Johannesburg.

## **20 JAHRE DEMOKRATIE UND FÜNFTE PARLAMENTSWAHLEN IN SÜDAFRIKA**

*Holger Dix*

Bei den Parlamentswahlen vom 7. Mai 2014 hat der regierende African National Congress (ANC) seine dominante Stellung verteidigen können. Allerdings musste er Stimmenverluste hinnehmen und verpasste das vom Parteivorsitzenden und Staatspräsidenten Jacob Zuma ausgefahrene Ziel einer Zwei-Drittel-Mehrheit. Die Südafrikaner haben durch eine hohe Wahlbeteiligung erneut gezeigt, wie wichtig ihnen die 20 Jahre junge Demokratie ist. Jedoch nehmen die Sorgen um die Zukunft des Landes zu. Die neue Regierung wird in der kommenden Legislaturperiode große Anstrengungen unternehmen müssen, damit ihr die wirtschaftliche und soziale Situation des Landes nicht entgleitet und die Akzeptanz der Demokratie gefestigt werden kann.

### **20 JAHRE DEMOKRATIE – STOLZ UND WERMUTSTROPFEN**

Der Tod Nelson Mandelas im Dezember 2013 erinnerte die gesamte Gesellschaft an den politischen Umbruch des Jahres 1994 und die herausragenden Leistungen der politischen Führungskräfte dieser Zeit. Im April 2014 feierte Südafrika den 20. Geburtstag seiner Demokratie. Die Feierlichkeiten wurden genutzt, um eine Bilanz des bisher Erreichten zu ziehen. Wie gefestigt die Demokratie ist und wie gut das Land für die Zukunft aufgestellt ist, sollten dann die Parlamentswahlen zeigen. Die Bewertung der beiden ersten Jahrzehnte der repräsentativen Demokratie fiel auch wegen des gleichzeitig laufenden Wahlkampfes sehr unterschiedlich aus. Große Einigkeit gab es darüber, dass seit 1994 vieles erreicht wurde und Südafrika in vielerlei

Hinsicht eine Erfolgsgeschichte zu erzählen hat. Die politische Stabilität des Landes konnte gewährleistet werden, was angesichts der tiefen gesellschaftlichen Gräben keine Selbstverständlichkeit war. Die damals geschaffenen demokratischen Institutionen und die Verfassung haben sich bewährt, Millionen früher benachteiligter Menschen haben Zugang zu Gesundheitsversorgung, Strom, Wasser und Schulausbildung erhalten. Das Wirtschaftswachstum war seither durchgehend positiv und eine neue schwarze Mittelschicht ist entstanden.

Strittig war zuletzt allerdings, ob sich das Land auch weiterhin auf einem guten Weg befindet. Es gibt die berechtigte Sorge innerhalb großer Teile der Bevölkerung, dass diese Erfolgsgeschichte so nicht weitergeschrieben werden könne. Südafrikas Wirtschaftswachstum nahm in den vergangenen drei Jahren kontinuierlich ab, von 3,6 Prozent 2011, über 2,5 Prozent 2012 bis zu nur noch 1,9 Prozent 2013. Der Nationale Entwicklungsplan der Regierung aus dem Jahr 2012 geht von einem notwendigen jährlichen Wachstum von wenigsten fünf Prozent aus, um die im Plan vorgegebenen Ziele der Reduzierung der Armut und Schaffung von Arbeitsplätzen zu erreichen.<sup>1</sup> 16 Millionen Südafrikaner erhalten heute soziale Leistungen, was die Regierung als Erfolg wertet, weil damit sehr viele Menschen aus der absoluten Armut befreit werden konnten. Allerdings ist die Zahl der Sozialleistungsempfänger mehr als doppelt so hoch wie die Zahl der Steuerzahler, weshalb sich zunehmend die Frage stellt, wie nachhaltig die jetzige Regierungspolitik ist. Südafrika bleibt überdies auch 20 Jahre nach dem Ende der Apartheid ein Land mit

großen Unterschieden bei den Lebenschancen. Gemessen am GINI-Index zählt Südafrika zu den Ländern mit den höchsten Ungleichheiten beim Einkommen. Auf einem potenziellen Arbeitsmarkt von 31 Millionen Südafrikanern sind nur 13 Millionen angestellt. Viele Arbeitslose sind ohne Aussicht auf eine Anstellung und haben die Suche bereits aufgegeben. Die Jugendarbeitslosigkeit zählt zu den höchsten weltweit, weil die jungen Menschen von der Schule nur sehr schlecht auf den Arbeitsmarkt

**Auf einem potenziellen Arbeitsmarkt von 31 Millionen Südafrikanern sind nur 13 Millionen angestellt. Viele Arbeitslose haben die Suche nach einer Anstellung bereits aufgegeben.**

1 | Vgl. Ntsakisi Maswanganyi, „Sluggish SA economy ‚demands bold reform‘“, *Business Day*, 26.02.2014, <http://bdlive.co.za/economy/2014/02/26/sluggish-sa-economy-demands-bold-reform> [22.05.2014].

vorbereitet werden. Ein Grund dafür ist das Bildungssystem, das zwar eine Einschulungsquote von beinahe 100 Prozent vorweisen kann, das aber eine sehr hohe Zahl von Schulabbrechern produziert und dessen Qualität im Vergleich zu zahlreichen anderen afrikanischen Ländern nicht überzeugt.

Immer mehr Menschen tragen ihre Unzufriedenheit auf die Straße. Die Zahl von öffentlichen, häufig gewalttätigen Protesten gegen die mangelnde Erbringung staatlicher Dienstleistungen hat zuletzt dramatisch zugenommen. Täglich finden sich in den Medien Berichte über Korruptionsvorwürfe gegen führende Regierungsvertreter, es entsteht der Eindruck einer zunehmenden Selbstbereicherung der politischen Elite, den Berichte von Transparency International bestätigen. Selbst die mühsam erkämpfte Demokratie ist nicht mehr unumstritten. Umfragen haben ergeben, dass Südafrikaner die Demokratie als System zwar unterstützen, doch immer größere Teile der Bevölkerung mit der südafrikanischen Demokratie unzufrieden sind. Das Vertrauen in politische Parteien und in das Parlament

**Es mangelt an politischem Wettbewerb, worunter nicht nur die Regierungsführung leidet, sondern der ANC selbst zu Sorglosigkeit bei der Rekrutierung der politischen Elite verführt wird.**

ist gering und nimmt weiter ab. Der ANC hat bislang alle seit 1994 durchgeführten demokratischen Wahlen mit weit über 60 Prozent der Wählerstimmen gewonnen und damit eine Einparteiendominanz etabliert. Zweifellos hat er damit zur Stabilität des Landes beigetragen. Doch birgt diese Entwicklung auch Risiken. Es mangelt an politischem Wettbewerb, worunter nicht nur die Anreize zu einer guten Regierungsführung leiden, sondern die Regierungspartei selbst zu Sorglosigkeit bei der Rekrutierung der politischen Elite verführt wird. Der ANC muss sich vorwerfen lassen, dass er das in der Partei vorhandene Potenzial leistungsbereiter und leistungsfähiger Politiker nicht mehr voll ausschöpft. Zu den Risiken zählen darüber hinaus das Verschwimmen der Grenzen zwischen der Partei und dem Staat, eine nur eingeschränkte Kontrollfunktion des Parlaments wegen der sehr hohen Mehrheiten für das Regierungslager sowie der Hang zur Ämterpatronage.

## UNMUT UND SKANDALE IM REGIERUNGSLAGER DES ANC

Viele dieser Entwicklungen hätten aus der Sicht des europäischen Beobachters dazu führen müssen, dass die Regierung unter Druck gerät. Tatsächlich gab es gegen Ende des Jahres 2013 Umfrageergebnisse, wonach der ANC mit sehr deutlichen Einbußen bei den Wählern zu rechnen hätte. Neben diesen Warnzeichen mangelte es im Vorfeld der Wahlen nicht an handfesten Skandalen. Dazu gehörte die Erschießung von 34 protestierenden Minenarbeitern durch Polizeikräfte im August 2012.<sup>2</sup> Dieser Vorfall erschütterte das Vertrauen der Südafrikaner in die staatlichen Institutionen bis ins Mark. Die schleppende Aufklärung der Vorgänge und die von den Opferfamilien als unzureichend erachtete Entschädigung machte das Massaker von Marikana zu einem Wahlkampfthema. Hohe Wellen schlug im Wahlkampf außerdem eine Affäre um die aus Steuermitteln bezahlte Modernisierung des Wohnsitzes von Staatspräsident Jacob Zuma in Nkandla (Provinz KwaZulu Natal). Dadurch drohte die Unterstützung für den ANC einzubrechen. Auf dem privaten Anwesen Zumas waren mit staatlichen Geldern in Höhe von 246 Millionen Rand als sicherheitsrelevant deklarierte bauliche Maßnahmen durchgeführt worden, zu denen auch der Bau eines Schwimmbekens und eines Amphitheaters zählen. Die südafrikanische Ombudsfrau veröffentlichte wenige Tage vor der Wahl einen Untersuchungsbericht unter dem Titel „Secure in Comfort“, in dem sie den Staatspräsidenten zur teilweisen Rückzahlung der staatlichen Förderung aufforderte.

**Hohe Wellen schlug im Wahlkampf eine Affäre um die aus Steuermitteln bezahlte Modernisierung des Wohnsitzes von Staatspräsident Jacob Zuma.**

„Nkandla Gate“ führte dazu, dass selbst in der eigenen Partei wenige Monate vor den Wahlen darüber diskutiert wurde, ob Präsident Zuma der geeignete Spitzenkandidat wäre. Umfragen zufolge waren zeitweise mehr als die Hälfte der ANC-Mitglieder der Auffassung, Zuma müsse noch vor den Wahlen zurücktreten.<sup>3</sup> Einst führende ANC-

2 | Vgl. Kristina Lunz, „Gewalttätige Streiks und Repressionen“, Länderbericht, KAS Südafrika, <http://kas.de/suedafrika/de/publications/32413> [22.05.2014].

3 | Allister Sparks, „At home and abroad: ANC has to live with tainted Zuma“, *Business Day*, 15.01.2014, <http://bdlive.co.za/opinion/columnists/2014/01/15/at-home-and-abroad-anc-has-to-live-with-tainted-zuma> [22.05.2014].

Mitglieder riefen öffentlich dazu auf, bei den Wahlen die Stimmen ungültig zu machen, um damit dem ANC den Unmut zu bezeugen. Wenige Tage vor den Wahlen formulierte der Gründungsgeneralsekretär des Gewerkschaftsverbandes COSATU und ehemalige Minister im Kabinett Nelson Mandelas, Jay Naidoo, diese parteiinterne Kritik drastisch: „Südafrika brennt, während unsere Politiker in der Benommenheit selbstgefälliger Verweigerung abschalten.“<sup>4</sup> Die Regierungskoalition aus Kommunisten, Gewerkschaftlern und ANC kämpfte mitten im Wahlkampf um ihren Zusammenhalt. Der größte Mitgliedsverband des Gewerkschaftsdachverbandes COSATU, der Nationale Verband der Metallarbeiter Südafrikas NUMSA, entzog COSATU und damit der Regierung wenige Monate vor der Wahl die Unterstützung. Dieser Bruch konnte nur notdürftig gekittet werden und wirkte ebenfalls in die Wahlen hinein. Die Jugendorganisation des ANC stand wegen hoher Schulden kurz vor dem finanziellen Bankrott und konnte wie der Gewerkschaftsverband nur bedingt zur Unterstützung des Wahlkampfes beitragen.

Eine Wechselstimmung kam aber trotz früher Umfrageergebnisse, die den ANC teilweise deutlich unter 60 Prozent der Stimmen sahen, und trotz vielseitiger, auch parteiinterner Kritik nicht auf. Warum dies nicht der Fall war, erklärt ein ANC-Anhänger in einem Zeitungskommentar beispielhaft so: Die Annahme, der ANC würde bei den Wahlen an Zustimmung verlieren, gehe von einem falschen, westlich geprägten Verständnis von Wählerentscheidungen aus. So hätte beispielsweise die hohe Jugendarbeitslosigkeit keine wesentliche Auswirkung auf das Wahlergebnis. Wichtiger für den Wähler sei die endgültige Abschaffung der Apartheid, die es in Südafrika noch immer gebe. Die Mehrheit der Menschen hätte eine emotionale Beziehung zum ANC und würde diesen wegen seiner Verdienste um die Befreiung des Landes lieben. Demgegenüber sei die größte Oppositionspartei, die Demokratische Allianz (DA) eine Partei der Weißen, die sich allenfalls mit wenigen Alibi-Schwarzen verstärkt hätte. Die Wähler seien zudem nicht blind und würden die von westlicher Seite gesteuerten Bemühungen erkennen, die

**Einem ANC-Anhänger zufolge hätte die hohe Jugendarbeitslosigkeit keine wesentliche Auswirkung auf das Wahlergebnis. Wichtiger sei die endgültige Abschaffung der Apartheid.**

4 | Jay Naidoo, „South Africa Burns While Our Politicians Tune Out in a Daze“, *Sunday Times*, 20.04.2014, 21.

südafrikanische Demokratie zu unterminieren, um in Südafrika westliche Interessen zu verfolgen. Nur eine Partei, die am Befreiungskampf mitgewirkt habe, könne ein sich befreiendes und transformierendes Südafrika regieren.<sup>5</sup>

Wenn nach diesem Verständnis der ANC von Beginn an nicht um die Machterhaltung bangen musste, so galt das nicht für den Staatspräsidenten. Jacob Zuma verkörpert im Gegensatz zu seinen Vorgängern viele Eigenschaften des tradierten afrikanischen Führers und polarisiert damit die südafrikanische Gesellschaft und seine eigene Partei. Er präsentiert sich mal als Staatsmann, mal als traditioneller Führer und steht im Verdacht, einen deutlich über seinem Gehalt liegenden materiellen Nutzen aus seinem Amt zu ziehen. Immer wieder stand Zuma im Mittelpunkt von Skandalen und Anschuldigungen – zeitweise lagen mehr als 700 Anklagen gegen ihn wegen Betrugs, Korruption, Geldwäsche und anderer Vergehen vor. Der ANC musste daher im Wahlkampf verhindern, dass die sehr harte öffentliche Kritik am Präsidenten auf die Wahlchancen der Partei durchschlug. Als Folge häuften sich vor den Wahlen Aussagen von Parteimitgliedern, wonach Zuma nicht der ANC sei.

**Jacob Zuma verkörpert viele Eigenschaften des tradierten afrikanischen Führers und polarisiert damit die südafrikanische Gesellschaft und seine eigene Partei.**

## PARTEIPOLITISCHES SPEKTRUM

Zu den Parlamentswahlen im Mai 2014 traten insgesamt 29 politische Parteien an, 14 davon erstmals.<sup>6</sup> Der African National Congress, auf dessen Listen auch Mitglieder der Südafrikanischen Kommunistischen Partei SACP und des Gewerkschaftsdachverbandes COSATU kandidierten, ging als klarer Favorit in die Wahlen. Staatspräsident Zuma hatte im Wahlkampf das Ziel einer Zweidrittel-Mehrheit ausgerufen, mit der er dann die Verfassung ändern wollte.

5 | Vgl. Thami Mazwai, „Struggle will not be forgotten come the election“, *Business Day*, 22.01.2014, <http://bdlive.co.za/opinion/columnists/2014/01/22/struggle-will-not-be-forgotten-come-the-election> [22.05.2014].

6 | Zu den Auswirkungen des vom ANC dominierten Parteiensystems auf die politische, soziale und wirtschaftliche Entwicklung Südafrikas siehe auch Nicola de Jager, „South Africa: A Democracy in the Balance“, in: ders., Pierre du Toit (Hrsg.), *Friend or Foe? Dominant Party Systems in Southern Africa: Insights from the Developing World*, New York und Tokio, 2012, 149-170.

Neben dem ANC gehörten die liberale Demokratische Allianz, der im Jahr 2009 aus Dissidenten des ANC entstandene Congress of the People (COPE) und die konservative Inkatha Freedom Party (IFP) zu den bewährten politischen Kräften mit guten Chancen auf einen Einzug ins Parlament. Wie bereits 2009 geschehen, kam es auch im Vorfeld der diesjährigen Wahlen zur Gründung neuer Parteien. Zu den bedeutendsten Neugründungen zählten die von der Bürgerrechtlerin Mamphela Ramphele ins Leben gerufene Agang SA sowie die Economic Freedom Fighters (EFF) unter Leitung des ehemaligen Führers der ANC-Jugendliga Julius Malema. Ebenfalls erstmals traten die von Veteranen des einstigen militärischen Flügels des ANC Umkhonto we Sizwe geschaffene South Africa First (SAF), die Arbeiterpartei Workers and Socialist Party (WASP) und die im Januar 2011 als Abspaltung von der IFP entstandene National Freedom Party (NFP) für die Wahl zur Nationalversammlung an.



Das Erbe einer Ikone: Der Tod Nelson Mandelas im Dezember 2013 wurde, wie hier von Präsident Jacob Zuma, genutzt, um den Wählern die Verdienste des ANC ins Gedächtnis zu rufen. | Quelle: Siyabulela Duda, GCIS, flickr ©©©.

Tabelle 1

**Parteien der 25. südafrikanischen  
Nationalversammlung und Neugründungen**

<b>Partei</b>	<b>Parteivorsitzende/r</b>	<b>Gründung</b>	<b>Ausrichtung<sup>7</sup></b>
African National Congress (ANC)	Jacob Zuma	1912 (African Native National Congress)	Mitte-links bis links
Democratic Alliance (DA)	Helen Zille	2000 (Zusammenschluss der Democratic Party, New National Party sowie Federal Alliance)	Liberal, teilweise sozialdemokratisch
Congress of the People (COPE)	Mosiua Lekota	2008 von ehemaligen ANC-Mitgliedern gegründet	Sozialdemokratisch bis linksliberal
Inkatha Freedom Party (IFP)	Mangosuthu Buthelezi	1975 (Inkatha National Cultural Liberation Movement (INCLM))	Liberal-konservativ, traditionalistisch
Independent Democrats (ID) <sup>8</sup>	Patricia de Lille	2003 (von ehem. PAC-Mitglied Patricia de Lille)	Linksliberal
United Democratic Movement (UDM)	Bantu Holomisa	1997 (Roelf Meyer (NP), B. Holomisa (ANC) u. Tom Taylor (ANC))	Mitte-links, sozialdemokratisch
Freedom Front Plus (FF+)	Pieter Mulder	1994 FF; 2004 Zusammenschluss mit Conservative Party und Afrikaner Eenheids Beweging	Konservativ, afrikaans-nationalistisch
African Christian Democratic Party (ACDP)	Kenneth Meshoe	1993	Konservativ, christdemokratisch
United Christian Democratic Party (UCDP)	Isaac Sipho Mfundisi	1997	Christdemokratisch
Pan Africanist Congress of Azania (PAC)	Letlapa Mphahlele	1959 (Abspaltung vom ANC)	Panafrikanisch, afrikanistisch, sozialistisch
Azanian People's Organisation (AZAPO)	Jacob Dikobo	1978 (hervorgegangen aus dem Black Consciousness Movement (BCM))	Black Consciousness Movement (BCM); sozialistisch

7 | Die Ausrichtung der Parteien kann lediglich tendenziell eingeschätzt werden.

8 | 2010 kündigten die ID einen Zusammenschluss mit der DA an. Zu den allgemeinen Wahlen 2014 gab es eine gemeinsame Liste (DA).

Partei	Parteivorsitzende/r	Gründung	Ausrichtung
Minority Front (MF)	Shameen Thakur Rajbansi	1993	Interessen der ethnischen Minderheiten (v.a. indischstämmige Volksgruppe)
African People's Convention	Themba Godi	2007 (Abspaltung vom PAC)	Afrikanistisch, panafrikanistisch, sozialistisch

#### Bedeutende Parteineugründungen

AgangSA	Mamphela Ramphele	2013	Links-liberal, ANC-kritisch, Korruptionsbekämpfung
Economic Freedom Fighters	Julius Malema	2013 (Malema war bis zu seinem Ausschluss aus dem ANC im Jahr 2012 Präsident der ANC Youth League)	Linksradikal, antikapitalistisch, nationalistisch

Quelle: Tabelle „Politische Parteien der Nationalversammlung“, KAS Länderprofil Südafrika, 02/2014, 7-8, [http://kas.de/wf/doc/kas\\_35105-1522-1-30.pdf](http://kas.de/wf/doc/kas_35105-1522-1-30.pdf) [22.05.2014].

#### **Unterstützerprofil ANC: mehr als 40 Prozent der Unterstützer sind Arbeitslose**

Der Wahlkampf zeigte die deutlich besseren finanziellen Möglichkeiten und organisatorische Stärke des ANC. Ihm standen allein durch die öffentliche Parteienfinanzierung für das Haushaltsjahr 2012/2013 mit knapp 68 Millionen Rand über das Vierfache der Mittel zur Verfügung, die die zweitstärkste Partei, die DA, einsetzen konnte (ca. 18 Millionen Rand). Da die private Parteienfinanzierung in Südafrika nicht transparent erfolgt, kann man nur vermuten, dass der ANC auch hier einen deutlichen Vorsprung hatte und diesen für seinen Wahlkampf nutzte. Ein Ausdruck dieser Dominanz war die Abschlussveranstaltung des ANC-Wahlkampfes am 4. Mai im FNB-Fußballstadion in Soweto, zu der mehr als 90.000 Anhänger kamen.

Die Regierungskoalition zog im Wahlkampf alle Register politischer Strategie und Taktik. Mitentscheidend für den Wahlerfolg war die Ausrichtung des Wahlkampfes auf die historischen Verdienste der Partei und das 20-jährige

Jubiläum der Überwindung der Apartheid, durch die erfolgreich von aktuellen sozialen und wirtschaftlichen Problemen abgelenkt wurde. Der Tod Nelson Mandelas im Dezember 2013 und die Feierlichkeiten zum 20. Jubiläum des neuen Südafrika im April wurden ausführlich genutzt, um den Wählern die historischen Verdienste der Regierungspartei ins Gedächtnis zu rufen. Es gelang dem ANC, Stimmen zu übertönen, welche die historischen Leistungen der Bewegung bei der Befreiung Südafrikas von der Apartheid zu relativieren suchten. Noch am Sonntag vor der Wahl wurde in einer Zeremonie in KwaZulu-Natal eine Umbettung von ANC-Helden in Szene gesetzt, die 1993 und 1994 Opfer politischer Morde geworden sind.

Die Opposition bot sich im Wahlkampf nicht immer als glaubwürdige Alternative für die Regierung an. Die führende Oppositionspartei DA scheiterte beim Versuch, ihr Image als Partei der Weißen durch ein Abkommen mit der afrikanischstämmigen Vorsitzenden der Partei Agang SA, Mamphele Ramphela, abzulegen, wonach diese Präsidentschaftskandidatin der DA werden sollte. Das Bündnis hielt nur eine Woche und zerbrach mit einem großen öffentlichen Knall, was dann von der Regierungspartei als Steilvorlage für den eigenen Wahlkampf genutzt wurde. Die Bemühungen der DA-Vorsitzenden Helen Zille, insbesondere Unterstützung bei den Mitgliedern der wachsenden afrikanischstämmigen Mittelklasse zu gewinnen, führte überdies zu Unmut in den Kreisen der traditionellen Anhängerschaft, die der liberalen DA eine Sozialdemokratisierung vorwarfen. Die Partei COPE, die 2009 mit viel Schwung gestartet war, fiel seither überwiegend durch einen parteiinternen Streit um den Parteivorsitz auf, der juristisch entschieden werden musste. Parteiprecher Johann Abrie wandte sich im Januar 2014 mit folgenden Worten an die Wähler: „Wir gehen vor der südafrikanischen Öffentlichkeit auf die Knie und bitten darum, uns zu verzeihen. Wir bitten 1,3 Millionen Menschen um Vergebung, die 2009 für uns stimmten.“<sup>9</sup>

**Die Partei COPE, die 2009 mit viel Schwung gestartet war, fiel vor allem durch einen parteiinternen Streit um den Parteivorsitz auf, der juristisch entschieden werden musste.**

9 | Olebogeng Molatlhwa und Phetane Rapetswane, „Chaotic COPE Says it Will Mend its Way“, *Times Live*, 09.01.2014, <http://timeslive.co.za/thetimes/2014/01/09/chaotic-cope-says-it-will-mend-its-ways> [22.05.2014].

Auch die Inkatha Freedom Party, weiterhin geführt vom inzwischen 85-jährigen Mangosuthu Buthelezi, musste mit erheblichen Verlusten rechnen. Die IFP hatte seit den Wahlen im Jahr 1994 sukzessiv an Stimmen verloren – ein Niedergang, den die Spaltung der Partei und Neugründung der NFP durch ehemalige IFP-Mitglieder noch verstärkten. Die Economic Freedom Fighters, deren Vorsitzender den Titel eines *Commander in Chief* führt und auch wegen des roten Baretts Anlehnung an Hugo Chávez nimmt, kamen mit ihren Kernbotschaften wie der Erhöhung von Steuern auf private Unternehmen, die drastische Erhöhung der Mindestlöhne für Minenarbeiter und Hausangestellte, die Verstaatlichung von Minen und Banken sowie die Enteignung von Landbesitz ohne Kompensation nicht nur bei den weniger gebildeten Bevölkerungsteilen, sondern auch bei vielen Studenten gut an.

## REGIERUNGS- UND WAHLSYSTEM

Das südafrikanische Wahlsystem kennt eine reine Verhältniswahl mit geschlossenen Parteilisten und keine Wahlhürden. Die Sitzverteilung erfolgt über nationale und regionale Parteilisten, durch die eine regionale Gewichtung der Stimmen gewährleistet werden soll. Die Kandidaten werden ins Unterhaus des aus zwei Kammern bestehenden Parlaments gewählt, die 400 Abgeordnete zählende National Assembly mit Sitz in Kapstadt. Die Nationalversammlung wählt den Präsidenten, der Staats- und Regierungschef in einer Person ist. Wahlberechtigt sind südafrikanische Staatsbürger ab 18 Jahre, die sich zur Teilnahme an den Wahlen haben registrieren lassen. Durch den 2013 beschlossenen Election Amendment Act durften sich 2014 erstmals auch im Ausland wohnhafte Südafrikaner an der Stimmabgabe für das Nationalparlament beteiligen.

**Durch den 2013 beschlossenen Election Amendment Act durften sich 2014 erstmals auch im Ausland wohnhafte Südafrikaner an der Stimmabgabe für das Nationalparlament beteiligen.**

Das Wahlsystem soll die besonderen Bedingungen an Wahlen in gespalteten Gesellschaften erfüllen und den Prinzipien der Einfachheit, der Inklusion und der Fairness dienen.<sup>10</sup> Der Verzicht auf eine Prozenzhürde soll zu einer

10 | Vgl. Judith February, „The Electoral System and Electoral Administration“, in: Roger Southall und John Daniel (Hrsg.), *Zunam: The 2009 South African Elections*, Johannesburg, 2009, 48.

möglichst breiten Interessenvertretung unterschiedlicher sozialer Gruppen im Land führen. Im Parlament der auslaufenden Legislaturperiode waren insgesamt 13 Parteien vertreten, darunter vier Parteien mit nur einem Sitz, wie zum Beispiel die African People's Convention, die mit nur 35.867 Stimmen und damit 0,2 Prozent der gültigen Stimmen ein Mandat erhielt.<sup>11</sup> Dieses Verhältniswahlrecht ist nicht unumstritten und sollte bereits mehrfach reformiert werden. Bemängelt wird insbesondere der fehlende Zugriff des Wählers auf die Personalauswahl der Parteien, da sie nur Listen wählen können, auf deren Erstellung sie keinen Einfluss haben. Diese geschlossenen Listen führen zu einer hohen Abhängigkeit der Abgeordneten von ihrer Partei und einer geringen Bindung und Verantwortung gegenüber den Wählern. Gestärkt wird dieser Zugriff der Partei auf die Abgeordneten durch den Umstand, dass ein Parteiausschluss automatisch den Verlust des Mandats bedeutet. Die parlamentarische Praxis und die politische Kultur des Landes lassen es zu, dass dieser Einfluss der Partei auf die Abgeordneten tatsächlich ausgeübt wird.



Aufruf zur Registrierung: Wahlberechtigt sind nur südafrikanische Staatsbürger ab 18 Jahre, die sich zur Teilnahme an den Wahlen registrieren ließen. | Quelle: Niko Knigge, flickr ©©.

11 | Ergebnisse der Allgemeinen Parlamentswahlen 2009: Electoral Commission of South Africa (IEC), „2009 Election Report“, 104, <http://www.elections.org.za/content/WorkArea/linkit.aspx?LinkIdentifier=id&ItemID=1287> [22.05.2014].

## WAHLERGEBNIS VOM 7. MAI

Von den 29 angetretenen Parteien errangen wie schon 2009 13 mindestens einen Parlamentssitz.<sup>12</sup> Die Regierungskoalition holte mit 62 Prozent der Stimmen fast vier Prozent weniger als bei den Wahlen des Jahres 2009 und wird mit 249 Abgeordneten (2009: 264) in die Nationalversammlung einziehen. Damit scheiterte der ANC an seinem Ziel einer Zwei-Drittel-Mehrheit, bleibt aber auf nationaler Ebene weiterhin die mit großem Abstand führende Partei. Bei den zeitgleichen Wahlen zu den Parlamenten in den neun Provinzen konnte der ANC bis auf die Provinz Westkap überall die Mehrheit erringen. In der wirtschaftsstärksten Provinz Gauteng, in der sich auch die Hauptstadt Pretoria und mit Johannesburg die größte Stadt des Landes befinden, verlor der ANC im Vergleich zu den Provinzwahlen 2009 mehr als zehn Prozent und kam auf nur noch 53,6 Prozent der Stimmen. In den anderen Provinzen erzielte der ANC erneut sehr hohe Wahlsiege.



Die Regierungskoalition holte mit 62 Prozent der Stimmen 249 der insgesamt 400 Parlamentssitze. Trotz verpasster Zwei-Drittel-Mehrheit bleibt der ANC stärkste Kraft. | Quelle: Siyabulela Duda, GCIS, flickr ©©©.

Als Gewinner der Wahl kann auch die stärkste Oppositionspartei, die Demokratische Allianz mit Helen Zille an der Spitze, gewertet werden. Die DA verbesserte ihr Ergebnis

12 | Ergebnisse der Allgemeinen Parlamentswahlen 2014: IEC, „2014 National and Provincial Elections. Results“, <http://www.elections.org.za/resultsNPE2014> [22.05.2014].

von 16,7 auf 22,2 Prozent und wird mit 89 Abgeordneten ins neue Parlament einziehen (2009: 67). Darüber hinaus konnte die Partei in der Provinz Westkap die vor fünf Jahren erlangte knappe Mehrheit nicht nur verteidigen, sondern deutlich ausbauen. Erfolgreich war ebenso die erst im vergangenen Jahr gegründete Partei Economic Freedom Fighters (EFF) unter der Führung des früheren Vorsitzenden der ANC-Jugendorganisation Julius Malema. Mit 6,35 Prozent der Stimmen und 25 Sitzen im Parlament wurde die Partei aus dem Stand drittstärkste Kraft. In den Provinzen Limpopo und Nordwest wurde EFF auf Anhieb die stärkste Oppositionspartei.

Tabelle 2

### **Ergebnisse der Allgemeinen Parlamentswahlen 2009 und 2014**

Partei	Wahlen 2009		Wahlen 2014		Veränderung zu 2009 in Prozentpunkten
	Stimmenanteil in Prozent	Sitze	Stimmenanteil in Prozent	Sitze	
African National Congress (ANC)	65,90	264	62,15	49	-3,53
Democratic Alliance (DA)	16,66	67	22,23	89	5,37
Economic Freedom Fighters (EFF)	—	—	6,35	25	6,23
Congress of the People (COPE)	7,42	30	0,67	3	-6,74
Inkatha Freedom Party (IFP)	4,55	18	2,40	10	-2,13
Independent Democrats (ID)	0,92	4	0	0	-0,92
United Democratic Movement (UDM)	0,85	4	1,00	4	0,18
Freedom Front Plus (FF+)	0,85	4	0,90	4	0,07
United Christian Democratic Party (UCDP)	0,37	2	0,12	0	-0,25
Pan African Congress (PAC)	0,27	1	0,21	1	-0,27
Minority Front (MF)	0,25	1	0,12	0	-0,13

Azanian People's Organisation (AZAPO)	0,22	1	0,11	0	-0,11
African People's Convention (APC)	0,20	1	0,17	1	-0,03
National Freedom Party (NFP)	—	—	1,57	6	1,59
African Christian Democratic Party (ACDP)	0,81	3	0,57	3	0,24
African Independent Congress (AIC)	—	0	0,53	3	0,53
Agang SA	—	0	0,28	2	0,28

Quellen: 2009: Fn. 11; 2014: Fn. 12.

Bei den diesjährigen Wahlen genügten aufgrund des oben beschriebenen Wahlrechts 0,21 Prozent der Stimmen (knapp 38.000 Stimmen) für einen Sitz im Parlament. Von den 13 nun im Parlament vertretenen Parteien haben sechs nur drei oder weniger Mandate gewonnen. Die Partei Congress of the People (COPE) stürzte aus großer Höhe regelrecht ab, erhielt weniger als ein Prozent der Stimmen und nur noch drei Sitze im Nationalparlament (2009: 30). Auch die Inkatha Freedom Party verlor weiter an Unterstützung und erreichte nur noch 2,4 Prozent der Stimmen (2009: 4,6 Prozent). Selbst in der früheren Wahlhochburg der Partei in der Provinz KwaZulu-Natal konnte die IFP nur noch in zwei Gemeinden eine Mehrheit erzielen und landete mit 11,5 Prozent der Stimmen hinter dem ANC und der DA auf dem dritten Rang.

Bemerkenswert war das Wahlergebnis der erst in diesem Jahr mit viel medialem Aufsehen gegründeten Partei Agang SA. Die Vorsitzende Mamphela Ramphele konnte ihre Popularität als ehemalige Mitstreiterin der Black Consciousness-Bewegung – und Partnerin von Steve Biko –, als ehemalige Weltbankdirektorin und Rektorin der Universität Kapstadt, sowie die finanzielle Unterstützung durch südafrikanische Unternehmer nicht für das angepeilte Wahlergebnis von zwischen fünf und zehn Prozent nutzen. Mit nur 0,28 Prozent der Stimmen und zwei Sitzen im Parlament platzte die Hoffnung Rampheles auf einen Blitzstart.

Die südafrikanischen Wähler haben in beeindruckender Zahl an den Wahlen teilgenommen und damit ihre Unterstützung für die Demokratie des Landes gezeigt. Selbst mehrere Stunden Wartezeit vor der Stimmabgabe hielt die Menschen nicht von der Wahl ab. Die Atmosphäre in den Wahlbüros zeigte sehr deutlich, dass die Wähler damit nicht nur einer Bürgerpflicht folgen, sondern die Teilnahme an den Wahlen als ein Recht begreifen, für das man in Südafrika lange kämpfen musste. Der Anteil registrierter Wähler (80 Prozent, 25,4 Millionen Wähler) lag unter dem Niveau von 2009 (84 Prozent). Von den registrierten Wählern gaben 18,7 Millionen tatsächlich ihre Stimme ab (73 Prozent). Die Wahlbeteiligung gemessen an der Bevölkerung im Wahlalter betrug damit knapp 60 Prozent. Enttäuschend war die Wahlbeteiligung junger Menschen, insbesondere der zum ersten Mal wahlberechtigten Südafrikaner, die nach Ende der Apartheid geboren und politisch sozialisiert wurden. Von diesen hatte sich nur etwa ein Drittel als Wähler registrieren lassen. Oppositionsparteien hatten sich von dieser als „born free“ bezeichneten Generation unter der Annahme Unterstützung erhofft, dass für sie die Bedeutung des regierenden ANC als Befreier des Landes von der Apartheid weniger entscheidend für die Stimmabgabe sei.

Tabelle 3

**Stärkste Parteien in den Provinzwahlen 2009 und 2014**

Provinz	Wahlen 2009 in Prozent		Wahlen 2014 in Prozent	
Eastern Cape	ANC	68,20	ANC	70,09
	COPE	13,67	DA	16,20
	DA	9,99	UDM	6,16
Free State	ANC	71,10	ANC	69,85
	COPE	11,61	DA	16,23
	DA	11,6	EFF	8,15
Gauteng	ANC	64,04	ANC	53,59
	DA	21,66	DA	30,78
	COPE	7,78	EFF	10,30

<b>Provinz</b>	<b>Wahlen 2009 in Prozent</b>		<b>Wahlen 2014 in Prozent</b>	
KwaZulu-Natal	ANC	62,95	ANC	64,52
	IFP	22,40	DA	12,76
	DA	9,15	IFP	10,86
Limpopo	ANC	84,88	ANC	78,60
	COPE	7,53	EFF	10,74
	DA	3,48	DA	6,48
Mpumalanga	ANC	85,55	ANC	78,23
	DA	7,49	DA	10,40
	COPE	2,91	EFF	6,26
North West	ANC	72,89	ANC	67,39
	COPE	8,33	EFF	13,21
	DA	8,15	DA	12,73
Northern Cape	ANC	60,75	ANC	64,40
	COPE	16,67	DA	23,89
	DA	12,57	EFF	4,96
Western Cape	DA	51,46	DA	59,38
	ANC	31,55	ANC	32,89
	COPE	7,74	EFF	2,11

Quellen: 2009: Fn. 11; 2014: Fn. 12.

Der Aufruf von einer Gruppe früher führender ANC-Mitglieder, aus Protest gegen die jetzige Regierung die Stimmen ungültig zu machen, verhallte ungehört. Die Zahl der ungültigen Stimmen blieb auf dem Niveau der Wahlen im Jahr 2009. Bemerkenswert ist allerdings, dass acht der 13 ins nationale Parlament gewählten Parteien weniger Stimmen als die Zahl der ungültigen Stimmen bekamen (252.000 Stimmen, 1,3 Prozent).



Schlange vor dem Wahllokal im Township Alexandra: Selbst mehrere Stunden Wartezeit hielt die Menschen nicht von der Wahl ab. |  
Quelle: © KAS Südafrika.

### **TEILWEISE DEFIZITÄRES DEMOKRATIEVERSTÄNDNIS**

Die Parlamentswahlen waren insgesamt frei und fair. Zugleich erlauben sie aber Einblicke in den Stand der Demokratieentwicklung des Landes, die auf weiterhin bestehende Defizite hindeuten. Dazu zählen Bemühungen regierungsnaher Kräfte, in unzulässiger Weise Einfluss auf die Wahlberichterstattung der öffentlichen Medien zu erhalten. Die Mehrzahl der privaten Printmedien schlugen einen explizit regierungskritischen Kurs ein, der bei der Wochenzeitung *Mail and Guardian* wenige Tage vor den Wahlen sogar zur Empfehlung der Redaktion führte, nicht den ANC zu wählen, um dessen Macht zu schwächen.<sup>13</sup> Im Wahlkampf warnten Regierungsvertreter öffentlich davor, die Opposition zu wählen, weil man sonst seine Sozialhilfe verwirken würde oder – wie der amtierende Staatspräsident sagte – sich die Ahnen gegen solche Wähler richten würden.

Undemokratische Wahlbeeinflussung wie Gewaltandrohung und Gewaltanwendung gegen politische Gegner, blockierte Veranstaltungsräumen für Parteiveranstaltungen, Wahlgeschenke in Form von Nahrungsmitteln und Decken sowie der Ausschluss von Oppositionanhängern von der Vergabe

13 | Vgl. „Vote tactically to dilute ANC power“, *Mail and Guardian*, 02.05.2014, 26, <http://mg.co.za/article/2014-05-01-editorial-vote-tactically-to-dilute-anc-power> [22.05.2014].

von Jobs, Verträgen oder Dienstleistungen gehören auch weiterhin zur politischen Kultur des Landes. Riskant in einem Land wie Südafrika waren Versuche, eine ethnisch ausgerichtete Stimmung zu erzeugen, um Wähler zu mobilisieren. So empfahl der stellvertretende Vorsitzende des ANC, Cyril Ramaphosa, unbedingt zur Wahl zu gehen, weil sonst die Buren zurückkämen. Am Tag der Wahl selbst kam es zu einigen Problemen, wie der späten Öffnung von Wahlbüros, dem Fehlen von Wahlzetteln und unerlaubten Wahlkampfaktivitäten (*canvassing*) von politischen Parteien in unmittelbarer Nähe der Wahlbüros. Nach den Wahlen wurden Tüten voller Stimmzettel gefunden, die auf dem Weg vom Wahllokal zur Wahlkommission verloren gegangen sein mussten. Vertreter der Afrikanischen Union, der Wirtschaftsgemeinschaft des Südlichen Afrika SADC und des Commonwealth kamen als internationale Wahlbeobachter zum Einsatz. Ebenso wurden lokale Wahlbeobachter zugelassen, wobei ein flächendeckender Einsatz von Beobachtern nicht möglich und wohl auch nicht intendiert war, denn zahlreiche Anträge von lokalen Organisationen und vor allem auch von Botschaften auf eine Zulassung wurden abgelehnt.



Wahlbeobachter im Einsatz: Zahlreiche Anträge von lokalen Organisationen und von Botschaften auf eine Zulassung zur Wahlbeobachtung wurden abgelehnt. | Quelle: © KAS Südafrika.

## TRENDS UND OFFENE FRAGEN

Mit dem Wahlergebnis von deutlich über 60 Prozent der abgegebenen Stimmen für den ANC und den (bis auf Westkap und Gauteng) überwältigenden Resultaten in den Provinzen hat sich Staatspräsident Zuma im Rennen um die Parteiführung Luft verschafft. Er wurde im Nationalparlament in sein zweites und nach der Verfassung letztes Mandat als Staatspräsident gewählt. Das Wahlergebnis wird er nutzen wollen, um viele parteiinterne Kritiker im Zaum zu halten. Die südafrikanischen Wähler haben die vielen Anschuldigungen gegen Zuma, insbesondere die Affäre um sein aus Steuermitteln modernisiertes Anwesen in Nkandla, politisch nicht sanktioniert. Nach den Wahlen wird sich Zuma diesen Anschuldigungen auch rechtlich stellen müssen. Man kann davon ausgehen, dass der südafrikanische Rechtsstaat weniger verständnisvoll damit umgehen wird als die Wähler. Ob er der erste Präsident Südafrikas nach 1994 sein wird, der zwei volle Amtszeiten erfüllt, ist auch deshalb ungewiss. Die vor der Wahl erkennbare ANC-Parteiraison mit dem Ziel, den Präsidenten vor Kritik zu schützen, um der Partei nicht zu schaden, dürfte jetzt wegfallen. Gleich nach der Wahl wurden parteiinterne Stimmen laut, wonach der ANC die Wahlen nicht wegen Zuma, sondern trotz Zuma gewonnen habe.

**Das Wahlergebnis von über 60 Prozent für den ANC wird Präsident Zuma nutzen wollen, um parteiinterne Kritiker im Zaum zu halten.**

Das Parteiensystem des Landes hat sich mit diesem Urnengang weiter verändert. Der Trend weg von einer Einparteiendominanz hin zu einem System mit zwei starken Parteien hat sich durch die Zugewinne der DA bestätigt. Die kleineren Parteien mussten ums Überleben kämpfen. Die öffentliche Parteienfinanzierung, wonach 90 Prozent der Förderung proportional zur Zahl der Sitze in der Nationalversammlung und in den Provinzparlamenten sowie zehn Prozent gleichmäßig an alle in Parlamenten vertretene Parteien gehen, wird diese Entwicklung hin zu zwei dominierenden Parteien noch verstärken. Im neuen Parlament verfügen sechs Parteien über nur drei oder weniger Sitze. Demokratiepoltisch wird nun eine Diskussion folgen müssen, die Vorteile einer möglichst inklusiven Repräsentation im Parlament mit den Folgen einer zersplitterten Parteienlandschaft im Parlament und einer damit einhergehenden begrenzten Funktionalität von Teilen der

Legislative abwägt. Geprüft werden sollte die Einführung einer niedrigen Wahlhürde, die zu einer Bündelung der Kräfte kleinerer Parteien schon vor den Wahlen führen würde. Die südafrikanische Demokratie ist inzwischen so gefestigt, dass von einer solchen Hürde keine Bedrohung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ausgehen würde.

**Das jetzige System der geschlossenen Parteilisten führt zu einem imperativen Mandat und angesichts der Mehrheitsverhältnisse zu einer Schwächung der Kontrollfunktion des Parlaments.**

Eine Reform des Wahlsystems könnte außerdem genutzt werden, um eine engere Bindung zwischen Wählern und Gewählten und eine stärkere Rechenschaftspflicht der Abgeordneten gegenüber den Wählern zu erreichen.

Das jetzige System der geschlossenen Parteilisten dient der Loyalität des Abgeordneten gegenüber der Partei – das war im Hinblick auf die politische Stabilität des Landes durchaus intendiert – führt aber zu einem imperativen Mandat und angesichts der Mehrheitsverhältnisse zu einer Schwächung der Kontrollfunktion des Parlaments. Dringlich erscheint auch die Reglementierung der privaten Parteienfinanzierung. Die von einigen Parteien vorgebrachten Bedenken, dass eine transparente Erfassung der Spenden die Bereitschaft von privaten Förderern verringern würde, ist teilweise nachvollziehbar. Diese Sorgen müssen aber mit den Gefahren für die Demokratie und die Entwicklung des Landes abgewogen werden, die sich durch eine heimliche Parteienfinanzierung und spätere Begünstigung von Spendern bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen ergeben.

Die Regierungskoalition aus ANC, SACP und COSATU geht zwar als Sieger, im Zusammenhalt aber geschwächt aus den Wahlen hervor. Die Zerwürfnisse im Gewerkschaftsverband wurden aus wahltaktischen Gründen nur teilweise und nur sehr dürftig übertüncht und sind nach den Wahlen erneut aufgebrochen. Schon jetzt rechnet man in Südafrika mit dem Entstehen einer neuen politischen Kraft links vom ANC und der jetzigen Regierung, die sich der versprengten Truppen des Gewerkschaftsverbandes annehmen oder aus ihnen hervorgehen wird. 20 Jahre nach dem politischen Wechsel des Landes wird immer deutlicher, dass diese Regierungskoalition zu viele unterschiedliche politische Interessen und Orientierungen hat, um die im Nationalen Entwicklungsplan selbst gesetzten Ziele zu erreichen. Die Regierungskoalition hat besorgt festgestellt, dass ihr bei

den Parlamentswahlen am 7. Mai die Unterstützung in den Großstädten wegzubrechen droht: In der Hauptstadt Pretoria erreichte die Koalition keine Mehrheit mehr, in Johannesburg und Port Elisabeth war die Mehrheit sehr knapp und Kapstadt blieb in den Händen der DA. Und so könnten schon die Kommunalwahlen im Jahr 2016 zeigen, dass die Unzufriedenheit mit der Regierung weiter zunimmt.